

Junior-Keynote anlässlich des educon Bildungsgipfels 2021 durch Martin Hagemeyer, Mitglied des youpaN, Thema: Demokratiebildung

Demokratie, das ist die Herrschaft des Volkes, die Staatsform, die unsere und viele weitere Gesellschaften prägt, ohne die ein dauerhaft gesichertes friedliches Zusammenkommen kaum denkbar ist, die unser Resonanzboden sein soll, auf unsere individuellen und kollektiven Bedürfnisse, Wünsche, Träume und von dem wir uns einen klangvollen, erfüllten Widerhall erhoffen.

Außerdem sage ich Bildung, Bildung, das ist Lesen, Hören, Tasten, Erforschen, Austauschen, Nachdenken, Ausdauer zeigen, Erkenntnisse gewinnen, Formulieren, Befähigt werden, kritisch denken, initiieren, Verändern, Teilhaben, Persönlichkeit entwickeln, Freiheit, Leben

Ja, verehrtes Publikum, liebe Politiker*innen, Wissenschaftler*innen, Manager*innen, Bildungsschaffende und liebe Gesellschaft,

vielleicht ist Ihnen schon beim Eingang dieser Keynote ein Licht aufgegangen. Ich bin Martin Hagemeyer aus dem Jugendbeteiligungsgremium Bildung für nachhaltige Entwicklung, kurz youpaN und das Rahmenthema meiner Keynote sollen die Zusammenhänge, der Nexus zwischen Demokratie und Bildung sein, die Demokratiebildung. Im youpaN arbeiten wir insbesondere zu zwei Themen, Jugendbeteiligung und Bildung für nachhaltige Entwicklung, ich spreche also auch gerne über Demokratiebildung.

Aber bevor ich Demokratiebildung noch mehr beleuchte, ihren unnahbaren Wert darstelle und Forderungen für ihre Fortentwicklung formuliere, möchte ich kurz noch „Demokratie“ und „Bildung“ mehr definieren, damit die Zusammenhänge noch deutlicher erscheinen.

Unter etwaigen Demokratietheorien haben einige besondere Bedeutung erlangt, zu ihnen zähle ich Thomas Hobbes mit seinem „Leviathan“ samt des pessimistischen Menschenbildes oder Jean-Jaques Rousseau als Begründer der direkten Demokratie mit seiner Identitätstheorie, die in Angesicht komplexer heutiger Gesellschaften unter postulierter Gleichheit zwischen Bürger*innen doch aus guten Gründen autoritär anmuten mag.

Für uns als Bürger*innen einer liberalen Demokratie erscheinen zwei andere Theorien noch greifbarer: Die Konkurrenztheorie, die den Federalist Papers entstammt und unter anderem durch James Madison verfasst ist, gibt uns einen erstaunlich nahen Einblick in die parlamentarische Demokratie. Die Konkurrenztheorie geht davon aus, dass in einer Gesellschaft unterschiedliche Interessen vorliegen, die Verfasser*innen sehen unterschiedliche

Eigentumsrechte als Hauptursache. Die Bürger*innen möchten nach dieser Theorie für ihre Interessen möglichst effektiv eintreten, deshalb verbünden sich jeweils Interessensähnliche mit ihnen Gleichgesinnten, woraus die „Parteiungen“ entstehen. Unterschiedliche Interessen führen zu unterschiedlichen „Parteiungen“, und, so nach der Theorie, zu reichlich Konflikten, niederträchtigen Intrigen und Gemeinheiten. Trotz allem, getrichtert in ein System der Mehrheitsentscheidungen, wird am Ende – auf demokratische Weise – der Mehrheitswille entschieden. Die „Parteiungen“ können noch geradeso Schlimmeres verhindern.

Die Pluralismustheorie von Ernst Fraenkel meint ein friedlicheres Zusammenleben zu schaffen. Die Pluralismustheorie basiert auf den Mehrheitsentscheidungen der Konkurrenztheorie, sie ergänzt aber noch ein paar zentrale Merkmale. Zum einen ist das der „consensus omnium“, Übereinstimmungen, die für alle Parteien gelten sollten. Darunter ließen sich die Grund- und Menschenrechte verstehen. Ebenso gehören für Fraenkel ein Fairplay und Ethikkodizes dazu. Ein Fairplay, das könnten wir heute als faire Verfahrensbeachtung im Deutschen Bundestag verstehen oder aber auch als höfliche, respektvolle Umgangsformen. Weiterhin ist die Pluralismustheorie nicht ohne die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung zu verstehen, diese geben der Theorie ihren Namen. Da stehen zuvorderst die Verbände und die Wahlen, aber auch Petitionen, Demonstrationen oder Bürgerbegehren gehören zu den Mitteln der politischen Artikulation.

Als ich von der Pluralismustheorie hörte, fragte ich mich, wie die Bürger*innen zu diesem Fairplay kommen. Ich meine, wann haben Sie die letzte unhöfliche Nachricht bei Twitter gesehen? Und vor allem, wie kommen die Bürger*innen zu all ihrem Engagement? Es ist ja zeitintensiv, sich in Verbänden und Initiativen einzubringen.

Ein sehr wichtiger Teil der Antwort auf diese beiden Fragen ist die Bildung. Dessen ist sich die Professorin Sabine Achour sicher, sie lehrt an der Freien Universität Berlin Politikdidaktik und Politische Bildung. Ihre Studie zeigt eindeutig, dass Demokratiebildung wirkt. Schüler*innen, die mehr Angebote in der Demokratiebildung als eine Vergleichsgruppe erhalten, haben mehr Vertrauen in die Demokratie, bringen mehr Bereitschaft mit, sich zu engagieren und sind offener gegenüber Minderheitengruppen.

So schön kann es also sein, Bildung wirkt, ich bedanke mich für diesen Gipfel. Aber so einfach ist es nicht. Denn die Demokratiebildung und das Bildungssystem stehen vor gewaltigen Herausforderungen.

Tatsächlich lässt sich dies an den soziodemographischen Kennzahlen gesellschaftlicher Partizipation ablesen, hier wird der Nexus zur Bildung ganz deutlich. Ältere Menschen gehen verlässlicher wählen als junge Menschen. Junge Menschen beteiligen sich verhältnismäßig mehr an Petitionen und Demonstrationen, den informellen Wegen der politischen Partizipation. Spannend und fast ein demütigendes Ergebnis gibt es bei den Zusammenhängen zwischen Bildung und politischem Engagement. Einfach und doch so richtig gesagt gilt, je höher das formelle Bildungsniveau, desto mehr Teilhabe besteht durchschnittlich auch an den politischen Entscheidungsprozessen, ganz egal um welche Form der politischen Partizipation es sich handelt.

Das ist umso erschreckender, wenn wir uns anschauen, welche Funktionen die politische Partizipation für die Demokratie erfüllt. Sie ist nämlich gewissermaßen das steinerne Fundament der Demokratie, ohne die sie wohl zusammenbrechen würde. Wie schon einmal erwähnt, die Partizipation dient der Artikulation von Interessen und Überzeugungen. Zweitens, Beteiligung soll diese Interessen in politische Entscheidungsprozesse integrieren. Drittens, durch diese Beteiligung und Beachtung in der Entscheidungsfindung sollen die Interessen im politischen System repräsentiert werden. Und viertens, Beteiligung sorgt für die Möglichkeit der Kontrolle. Eine nicht zu unterschätzende Funktion, wenn wir an die Wichtigkeit der Gewaltenteilung oder die ständige Machtoffenheit bei Wahlen denken. Demokratie ist ohne Beteiligung also nicht denkbar. Oder um es mit den Worten von Audrey Azoulay zu sagen, der Generaldirektorin der UNESCO: "Indeed, democracy is a promise to humanity which requires the daily participation of each and every member of the political community."

Eben sprach ich von gewaltigen Herausforderungen. Wir haben sie in der Demokratie. Seit drei Jahrzehnten sinkt tendenziell die Wahlbeteiligung. Besonders gering ist die Wahlbeteiligung bei Europa- und Kommunalwahlen, hier setzen häufig nicht mal 50 % der Bürger*innen ihr Kreuz. Immer weniger Menschen sind Mitglieder politischer Parteien, nur 32 % der Menschen sind aktiv in Vereinen und Verbänden, 9 % der Menschen beteiligen sich regelmäßig an Demonstrationen. Besonders gering ist die Beteiligung bei formal schlechter gestellten Menschen mit wenig Einkommen oder formal niedrigerer Bildung. Das sorgt dafür, dass immer weniger Reiche Menschen über die Belange von Ärmern bestimmen, das sogenannte Robin-Hood-Paradox, die soziale Ungleichheit wird dadurch verstärkt. Gleichzeitig sehen wir bei Social Media allgegenwärtig Hate Speech, Hass, Hetze und Fake News.

Wenn wir diese Symptome – wenig Partizipation oder Hate Speech – auf die Demokratiemodelle von Beginn übertragen, könnte ich dann gewissenhaft

behaupten, dass wir in einer pluralistischen Demokratie nach Ernst Fraenkel leben? Kann ich das sagen, wenn wir einem Land leben, in dem in zwei seiner Bundesländer eine menschenfeindliche Partei die meisten Stimmen erlangen kann? Sicher nicht, auch wenn wir formell in einer pluralistischen Demokratie leben. Ich möchte die Situation nicht schwarzmalen, viele Bürger*innen sind sehr aktiv, aber wir als Gesamtgesellschaft, glaube ich, sind noch nicht richtig über den Status der Konkurrenztheorie hinausgekommen.

Die sich daraus ergebende Frage scheint klar. Wie können wir vom Status der Konkurrenztheorie, in der die einen gegen die nächsten aufbegehren, in einen friedlicheren, vollen Status der Pluralismustheorie aufsteigen? Wie verwirklichen wir unsere liberale Demokratie?

Zum einen fällt da der Blick auf junge Menschen, oder auch ‚die Jugend‘. Denn logischerweise sind junge Menschen, zu denen ich auch mich zähle, die Zukunft der Gesellschaft. Einerseits brauchen junge Menschen gute Bildung, wie die genau funktioniert, erläutere ich später. Andererseits sollten sie ganz im Sinne der Demokratiebildung bereits als junge Menschen umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Die derzeitige Partizipation junger Menschen, insbesondere nicht-Wahlberechtigte*r, ist vor allem durch Anhörung, Teilnahme und Konsultation geprägt. Dies geschieht z.B. in Jugendräten oder Jugendparlamenten einzelner Gemeinden oder Städte. Viele Organisationen bieten eigene Jugendräte oder Jugend-Abteilungen innerhalb ihrer Organisation an. Weiterhin können sich junge Menschen auf normaler Vereinsebene mit Erwachsenen engagieren. Und viele wählen den Weg der Beteiligung innerhalb einer Bewegung, ob mit mehr oder weniger Involviertheit in die Organisation von Großereignissen. Es ist begrüßenswert, dass viele gesellschaftliche Akteure viel Raum für junge Menschen aufwenden und ihren Stimmen Gehör geben. Aber es fehlt eben die Stimmberechtigung. In einigen Fällen gibt es stimmberechtigte Jugendvertretungen, aber viel zu selten und wenn mal, in nicht repräsentativer zu geringer Anzahl. In unserer Demokratie sollten Jugendliche Stimmrecht haben, bei Wahlen und in verschiedenen Gremien von Organisationen – und nicht erst mit 18. Echte Teilhabe geht nur mit Stimmrecht und sie ist ein ganz wichtiger Teil der Demokratiebildung. Stimmrecht sorgt weiterhin für die Ausprägung von Aktions- und Handlungsorientierung, die so zentral für die Demokratiebildung sind.

Neben der Jugendbeteiligung muss in Deutschland also auch die Bildung verbessert werden. Keine Zweifel, das Bildungsniveau ist in Deutschland verhältnismäßig hoch, aber insbesondere in den klassischen Bildungsinsitutionen wie Schule oder Universität gibt es gravierenden

Veränderungsbedarf. Die Professorin Sabine Achour stellt fest, dass Gymnasiast*innen mehr und bessere Politische Bildung bekommen als Schüler*innen anderer Schulformen, auch in den außerunterrichtlichen Angeboten der Schule. So eine Ungleichheit gilt es zu beheben, aber es braucht noch mehr Veränderungen in der Bildung. Eigentlich sind die Bilder bekannt, marode Schulen, verschimmelte Toiletten, Lecks in Dächern, zu wenige Laptops, und vor allem Lehrkräftemangel. Während Corona fehlen Desinfektionsmittel und Luftreiniger. Schüler*innen aus sozial schwachen Haushalten erzielen durchschnittlich geringere Ergebnisse in Prüfungen und Abschlüssen und leiden unter der Pandemie besonders. Allen Schüler*innenvertretungen zum Trotz, Schüler*innen werden so gut wie gar nicht an der Unterrichtsgestaltung beteiligt. Keine Schüler*in hat Mitspracherecht über Curricula, welche häufig sehr überfüllt sind. Unterrichtsstunden- und Material wird fast nie in Absprache mit Schüler*innen erstellt. Schüler*innen haben somit eigentlich nie die Wahl, mit welchen Inhalten sie sich beschäftigen wollen, außer sie sind schon in der Oberstufe angekommen, dann haben sie ein paar Wahlmöglichkeiten, oder Lehrer*innen haben noch Freiraum in der Planung. Es gibt zwar einzelne engagierte Lehrkräfte, wie auch hier auf der educon im Publikum und in den Workshops, die versuchen, das zu ändern, dennoch arbeitet die breite Masse mit veralteten Methoden.

Ich sage das nicht nur, weil ich es persönlich unliebsam finde, sondern weil es in Widerspruch zur Demokratiebildung steht, zugespitzt formuliert, Schule ist undemokratisch.

Stattdessen brauchen wir demokratische Schulen und gute Bildung. Gute Bildung, das ist frei Forschen, Denken und Handeln, wie ich es eingangs formuliert habe. Heute fehlt es den Bildungssystemen an Freiheit und an der Handlungskompetenz. Denken und Forschen klappt dagegen ganz gut. Schule müsste viel mutiger sein. Demokratiebildung erfordert projektorientiertes und fächerübergreifendes Lernen. Klaus Schilling, Bundeskoordinator der UNESCO-Projektschulen, führt dazu aus: Ob Klassenräte oder Klimaparlamente eingeführt oder Aktionstage durchgeführt werden sollen, überall müsste Schule weiterentwickelt werden. Schüler*innen brauchen mehr Partizipation und individuellere Wege beim Lernen, Lehrer*innen müssen zu neuen Konzepten ermuntert werden und Lernumgebungen sollten so gestaltet werden, dass sie wirklich problemorientiert und selbstorganisiert werden. Das bringt formale und informelle Lernformate zusammen, fördert die Eigenständigkeit und Persönlichkeitsentwicklung. Die Erfahrungen von Zusammenarbeit, Perspektivwechseln, Kommunikation, kritischem Denken oder Kreativität

steigern das eigene Zutrauen, genau das Zutrauen, das wir als Gesellschaft zur Bewältigung neuer Problemlagen und für komplexe Problemlösungen brauchen.

Auffallend ist, dass genau diese freien, unterstützenden Lernumgebungen auch für Bildung für nachhaltige Entwicklung (kurz: BNE) benötigt werden. BNE ist die Bildung über die 17 Nachhaltigkeitsziele aus dem ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Zentrale Schnittstelle mit der Demokratiebildung ist die Gestaltungs- und Handlungskompetenz. Wenn wir uns den Zustand der Welt ansehen, Armut, Hunger, Klimakrise, Müllberge, Wasserknappheit, Kriege, Flucht, dann ist klar, BNE ist der zentrale Baustein für die Wegbereitung einer lebenswerten Zukunft. Die Forderung der Stärkung von BNE ist nicht weit hergeholt, praktisch jedes Bundesland verpflichtet sich zu einem Beitrag, Niedersachsen tut dies aktuell noch mehr in einem neuen Erlass. Weiterhin ergänzt BNE dank ähnlicher Methodiken sehr gut die Demokratiebildung. Auch BNE erfordert projekt- und fächerübergreifendes Lernen, an dessen Ende erfahrbare Ergebnisse stehen sollen.

Zu guter Bildung gehört neben Demokratiebildung und BNE auch kulturelle Bildung, europäische Bildung, Global Citizenship Education, Menschenrechtsbildung, Erinnerungsarbeit und digitale Bildung. Umsetzungsmöglichkeiten dazu gibt es viele, wobei sie allzu häufig überfachlich und interdisziplinär ist. U-18 Wahlen, stimmberechtigte Jugendparlamente, die Untersuchung der Schulgeschichte, Plan- und Simulationsspiele, Theater, europäische Partnerschulen, szenische Lesungen, Abendveranstaltungen, Exkursionen in anderen Städten, Projektstage, Kooperationen mit sozialen Organisationen und viel, viel, mehr. Die Liste an Möglichkeiten zur Erneuerung von Schule ist sehr lang und kennt kaum Grenzen.

Das alles klingt so schön, dass wir es im Jugendbeteiligungsgremium Bildung für nachhaltige Entwicklung (youpaN) umsetzen möchten. Dazu fordern wir, dass 10 % des deutschen BIP für Bildung und Forschung verwendet wird, damit wir endlich genug Personal in unseren Lernorten haben, Gebäude saniert werden und von innen inspirierend gestaltet sind, jede Schule über kleine Labore, digitale Ausstattung oder genug Aktionsmöglichkeiten im erholsamen Grünen vor der Schule haben kann. Weiterhin wollen wir, dass Bildungsinstitutionen Orte ohne Diskriminierung werden sollen, dass Schüler*innenvertretungen gestärkt werden und, dass Jugendzukunftsräte in allen Ländern und Kommunen geschaffen werden. In Betracht der heutigen Probleme brauchen wir überall effektive Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen. Weiterhin möchte das youpaN BNE in Bildungsinstitutionen als Methode umsetzen, also lebenslanges und nachhaltiges Lernen verwirklichen und BNE in

alle Curricula als Querschnittsaufgabe aufnehmen. Dabei sollen die Curricula nicht noch voller werden, sondern an unsere aktuellen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen angepasst werden. Das youpaN fordert verpflichtende BNE-Fortbildungen für Entscheidungsträger*innen und Bildungsakteur*innen, da diese in Schlüsselpositionen sitzen, um BNE umzusetzen. Wir sind davon überzeugt, dass die Stärkung von BNE ein wichtiger inhaltlicher und methodischer Schritt zur Verbesserung der Demokratiebildung ist.

Das youpaN glaubt, dass eine lebhafte Demokratie und Nachhaltigkeit viel eher erreicht wird, wenn unsere Forderungen umgesetzt sind. Die Jugendbeteiligung muss deutlich verbessert werden, die Demokratiebildung mit Mut, Kreativität, Erfindergeist und Beharrlichkeit neugestaltet werden und dabei die unterschiedlichsten Perspektiven und Disziplinen beachtet werden. Eine besondere Rolle sollte dafür für die Zukunftsgewandtheit BNE übernehmen. Diese Veränderungen werden nach erfolgreicher Implementierung durch positive, erkenntnisreiche und stärkende Erfahrungen für eine aktive, friedliche Zivilgesellschaft sorgen, die wir dringend brauchen. Das lebenslange Lernen sollte unbedingt beachtet werden, um nicht nur junge Menschen abzuholen, sondern die Bildung über die Nachhaltigkeitsziele und sich verändernde demokratische Zustände und Notwendigkeiten gesamtgesellschaftlich und unter allen Generationen zu verankern. In der Demokratiebildung sollten im Laufe aller Projekte das Fairplay, die Funktionsweise demokratischer Wahlen, die Wichtigkeit von Teilhabe und Kontrolle erlernt werden und die Sinnhaftigkeit von Ethikmaßstäben erkannt werden.

Gleichzeitig wird die Demokratiebildung und BNE, die häufig systemisch Probleme analysiert, dafür sorgen, dass Lebensumstände von einer strukturellen Ebene aus hinterfragt werden. Abgesehen von den vielen Stellschrauben im Bereich der Nachhaltigkeit könnte dies aktuelle Zwänge des Wachstums und der ständigen Selbstoptimierung treffen. Nach intensiver, jahrelanger Demokratiebildung kann die Erkenntnis aufsteigen, dass es für das Gemeinwohl in Bildungsinstitutionen und Gesellschaft kein Konkurrenzdenken braucht, sondern mehr Mit- und Füreinander. Dass wir die wichtigen Fortschritte nur zusammen erreichen. Und dass der kosteneffizient lebende, strategisch abwägende Homo Oeconomicus vielleicht gar kein so zutreffendes Menschenbild ist. Rutger Bregman kann in seiner überzeugenden Lektüre „Im Grunde gut“ anschaulich darstellen, weshalb wir Menschen viel mehr zur Kooperation, zu gegenseitigen Hilfeleistungen geschaffen sind. Dass wir erheblichen Widerstand verspüren, bevor wir einer Person Leid antun. Und wir fast immer nur böse oder wenig nachhaltige Dinge tun, wenn sie uns mit Zwang befohlen werden, wir in Unkenntnis sind, Standardeinstellungen völlig falsch

gewählt sind oder von hinterlistigen, nach Macht strebenden Einzelpersonen verführt werden. Als Homo Cooperativus können wir einen anderen Lebensweg einschlagen, einen Weg in Frieden und Nachhaltigkeit und einer Lebensform, die ökologische und soziale Generationengerechtigkeit tatsächlich verwirklichen kann. In so einer Umgebung der Gerechtigkeit, Hilfestellungen für Schwächere und Freiheit von Konkurrenzdruck wird sich eine sehr aktive Zivilgesellschaft, die die pluralistische Demokratie nach Fraenkel vollendet, doch viel eher als heute herausstellen.

Ich möchte heute zum Ausdruck gebracht haben, zu dieser Gesellschaft kommen wir nur über die richtige Bildung, wenn sie politisch und didaktisch verwirklicht wird. Bildung, die inspiriert und zum Gestalten anregt, die das Potential hat, unsere Gesellschaft zu transformieren. Ich danke Ihnen, liebes Publikum, sehr für das Zuhören und wünsche Ihnen einen erkenntnisreichen Tag, gute Lektüren und animierende Gespräche. Viel Spaß bei dieser tollen, verbindenden, und bildenden educon!